

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinferate kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsinfereate werden nicht angenommen. Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Hankmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmelshauer Straße 38—42. Telefon-Nr. 98 u. 69. Telegr.-Adr.: Klfverband Bochum.

Ernstste Besorgnisse.

Die finanziellen Verhältnisse der meisten Knappschaftlichen Pensionskassen sind in uns, schon wenn wir die erforderliche Fürsorge für die invalide aus dem Kriege heimkehrenden und für die Hinterbliebenen der gesunkenen Knappschaftsmitglieder bedenken, zu sehr ernststen Besorgnissen Veranlassung geben.

In der bereits in der vorigen Nummer dieser Zeitung erwähnten Denkschrift: „Maßnahmen zur Förderung der Gesundung in den geldlichen Verhältnissen der preussischen Knappschaftspensionskassen“ versichern uns die Verfasser (Herr Knappschaftsdirektor Dr. Heinemann und Herr Versicherungsdirektor Dr. Zimmermann), am Ende des Jahres 1913 hätten von den 62 preussischen Knappschaftspensionskassen nur 28 ein Vermögen besessen, das zur Deckung der laufenden Pensionen und mehr ausreichte. Als ausreichende Deckung bezeichnen die Herren einen Vermögensbestand, aus welchem die bisher eingegangenen Pflichtenverpflichtungen etwa 10 Jahre lang erfüllt werden können.

Erfahrungsgemäß hat die Pensions-Bezugszeit der 1909 bis 1912 verstorbenen preussischen Knappschaftsmitglieder durchschnittlich 10,1—10,7 Jahre gedauert. Die Bezugszeit der Witwen- Rente stieg gleichzeitig bis über 16 Jahre.

Gesetzt also der Fall, Mitgliederzahl, Beiträge und Leistungen der Pensionskassen blieben von einem gewissen Zeitpunkt an unverändert, so würden sie mindestens ein Vermögen im zehnfachen Betrage einer Jahresausgabe besitzen müssen, um die bis dato bewilligten „laufenden“ Pensionen dauern zu zahlen zu können. Für die inzwischen neu eingetretene Pensionsfälle wäre dann aber noch keine Deckung vorhanden. Von dieser Berechnungsgrundlage gehen die Herren Dr. Heinemann und Dr. Zimmermann in ihrer Denkschrift aus.

Trifft sie zu, dann waren Ende 1913 nicht weniger wie 34 (von 62) preussischen Knappschaftspensionskassen nicht in der Lage, aus ihrem Vermögensbestande die Deckung auch nur der laufenden Pensionen zu garantieren. Unter diesen Knappschaftsvereinen befanden sich u. a. der Töbenbäcker (für 5 Jahre Deckung), der Quinter (nur 1 Jahr Deckung), der Hlescher (9), der Unterharzer (6), der Halberger (7), der Briloner (2), der Saarbrücker (4), der Mansfelder (6), der Niederschlesier (5), der Bauhammer (6), der Oberschlesier (8), der Siegener (5), der Westfälische (9), der im Wurmgebiet (7).

Legen wir denselben versicherungstechnischen Maßstab an die außerpreussischen Knappschaftspensionskassen an, so finden wir, daß nach den letzten Abrechnungen (meist für 1912) ausreichende Deckung für die laufenden Pensionen besaßen: Die Allgemeine Pensionskasse für das Königreich Sachsen, die drei Knappschaftsvereine in Braunschweig und die acht Knappschaftlichen Pensionskassen in Elsaß-Lothringen, wenn deren Gesamtvermögen in Ansatz gebracht wird.

Dagegen besaßen die im Bayerischen Knappschaftsverband zwecks Rückversicherung vereinigten Pensionskassen zusammen noch kein für die Deckung der laufenden Pensionen ausreichendes Vermögen. Auch die Knappschafts-Vereine in Altenburg und Anhalt erlangten dieser Deckung. In der gleichen Lage befanden sich die württembergischen und die hessischen Knappschafts-Vereine.

Das sind sehr besorgniserregende Zustände! Ueberraschen können sie uns nicht, denn seit Jahrzehnten haben die gewerkschaftlich organisierten Knappschaftsältesten auf diese gefährdrohende Entwicklung hingewiesen und durchgreifende Reformen verlangt.

Natürlich steht die Sache nun nicht so schlimm, daß sämtliche Pensionskassen mit einem derzeit ungenügenden Vermögen in kurzer oder doch absehbarer Zeit den Bankrott anmelden müßten. Das trifft zunächst nur zu für eine Anzahl Pensionskassen in solchen Bezirken, in denen der Bergbaubetrieb völlig stabil bleibt oder gar zurückgeht. Wo mithin kein frischer Mitgliederzuwachs mit entsprechenden Beitragsleistungen eintritt. Die Gefahr ist am höchsten dort, wo es sich um Massen ohne ausreichendes Vermögen und mit nur ein paar Duzend oder ein paar hundert Mitgliedern handelt. Solcher Knappschaftsvereine gibt es aber in Deutschland noch immer einige Duzend.

Je größer der Mitgliederkreis ist, desto geringer ist in der Regel die Gefahr für die Sicherung der Kassenleistungen. Die Gefahr ist, auch bei einem zur Zeit noch unzureichenden Vermögen, am geringsten, wenn sich das Vereinsgebiet über ein Gebiet mit möglichst vielen mindestens stabilen Betrieben erstreckt. So ist die Leistungsfähigkeit der Knappschaftlichen Pensionskassen kaum in Frage gestellt oder, nach menschlicher Voraussicht, unbedingt gesichert in den großen Steinkohlen- und Braunkohlenrevieren; auch in den größeren Erzbergbau- und Salzbergwerksbezirken läßt sich leicht volle Sicherheit schaffen durch Zusammenlegung der benachbarten Vereine. Beispielsweise reichte der Vermögensbestand zur Deckung der laufenden Pensionen aus

| 1908 für Jahre | 1913 für Jahre | beim Knappschaftsverein |
|----------------|----------------|-------------------------|
| 8 | 17 | Salle |
| 10 | 20 | Brühl |
| 14 | 62 | Rheinpreußen |

Es kommt, abgesehen von den entscheidenden Reformen, die auf dem Gebiete eines größeren Arbeiterschutzes liegen, hauptsächlich darauf an, inwieweit die bergbauartige Entwicklung in den betreffenden Bezirken den Pensionskassen einen in absehbarer Zeit nicht zurückgehenden, eher anwachsenden Mitgliederbestand garantiert. Dort ist dann von keinem Beharrungszustand die Rede und nach der zur Zeit bemessenen Beiträgen normaler Weise auch ein Vermögenszuwachs zu erwarten.

Wir haben aber Knappschaftspensionskassen mit wenig (oft nur einigen Duzend oder hundert!) Mitgliedern, noch dazu für Bezirke, in denen der Bergbau stabil bleibt oder zurückgeht! Hier besteht die allerdringendste Gefahr für die finanziellen Rückstellungen, Witwen und Waisen! So mußten 1907 bzw. 1908 infolge finanzieller Leistungsunfähigkeit die Knappschaftsvereine Meinerzhagen und Salzkotten aufgelöst, der Mitgliederbestand dem benachbarten Knappschaftsverein überwiesen werden, wobei den alten Mitgliedern empfindliche Verluste ihrer „erdienten“ Anwartschaft entstanden! Trotz wiederholter, auch behördlicher Mahnung sind denn seit dem 1. Januar 1908 bestehenden Knappschaftlichen Rückversicherungs-Verband bisher nur 37 von den 62 preussischen und außerdem nur 4 außerpreussische Knappschaftsvereine beigetreten. Schließen wir die bayerischen Knappschaftsvereine, die einen besonderen Rückversicherungsverband besitzen, aus, dann bleiben immer noch 82 deutsche Knappschaftsvereine (1912 Gesamtzahl 111) übrig, die sich keine finanzielle Rückdeckung verschaffen! Die meisten von ihnen konnten 1913 aus ihrem eigenen Vereinsvermögen nicht einmal die dauernde Zahlung der laufenden Pensionen garantieren!!! Das sind doch gewiß unhaltbare Zustände.

Wenn wir auch den finanziellen Ausführungen der beiden Denkschriftverfasser nicht restlos zustimmen können, einig sind wir mit ihnen unbedingt in der Forderung:

„Rasche Auflösung der leistungsunfähigen kleinen und mittleren Pensionskassen, ihre Verschmelzung zunächst mit den Nachbarvereinen! Sodann Reorganisation des Knappschaftlichen Rückversicherungsverbandes, eventuell Neugründung eines Allgemeinen Knappschaftlichen Rückversicherungs-Verbandes, dem sämtliche deutschen Knappschaftspensionskassen beitreten müssen. Wenn eine dauernde Gesundung der Pensionskassenverhältnisse herbeigeführt werden soll, so muß die Gesamtheit der Knappschaftsvereine dafür eintreten!“

Es ist eine schmerzliche Genugtuung für unsere alten gewerkschaftlich organisierten Knappschaftsältesten, daß nun endlich ihre bereits vor Jahrzehnten aufgestellte Forderung: „Sicherung der Knappschaftlichen Leistungen durch Vereinhilflichkeit der deutschen Knappschaftspensionskassen!“ von sehr sachkundiger Seite als durchaus gemeinnützig anerkannt wird. Schmerzlich ist es, zu sehen, daß so viele kostbare Zeit für die Knappschaftskassen fast ungenutzt verstrich und daraus so vielen Knappschaftsmitgliedern große Verluste erwuchsen. Wer das, was nun in ihrer Denkschrift die Herren Dr. Heinemann und Dr. Zimmermann für die Gesundung der Knappschaftskassen vorschlagen, arbeitserseits vor zwanzig und mehr Jahren empfahl, der mußte sich beleidigende Verdächtigungen gefallen lassen. Heute stehen zahlreiche deutsche Knappschaftspensionskassen vor der Gefahr des finanziellen Zusammenbruchs, und so gar die erworbenen Anwartschaften, von den noch kommenden gar nicht zu reden, können verloren gehen!

Denn nun kommen die vielen Kriegsoffer zu der normalen Massenbelastung noch hinzu! Von den 783 644 Pensionskassenmitgliedern, die Ende 1913 den preussischen Knappschaftsvereinen angehörten, waren anfangs 1915 bereits 243 923 = 31 Prozent zum Kriegsdienst eingezogen. Tausende sind bereits gefallen, noch mehr Tausende werden, zur Bergwerksarbeit unfähig, als Invaliden heimkehren. Mit der langen Kriegsdauer hat man nicht gerechnet. Die dauernde Belastung der Pensionskassen mit neuen Invalidenpensionen, Witwen- und Waisengeldern wird durch den Krieg außerordentlich viel stärker werden, als sie in Friedenszeiten war. Wenn hier nicht durch rasche Verschmelzung der vielen Knappschaftsvereine mit passiver Bilanz und gleichzeitiger Bildung eines reichsdeutschen Garantie- oder Rückversicherungsverbandes, dem alle Knappschaftsvereine beitreten müssen, Vorhilfe getroffen wird, dann ist für die Versorgung der Invaliden, Witwen und Waisen das Schlimmste zu befürchten!

Man denke nur ja nicht daran, etwa durch Herabsetzung der Pensionen eine „Gesundung“ der Kassen vornehmen zu können. Das wäre auch ein schlechter „Danke“ für die dem Vaterlande auf den Schlachtfeldern gebrachten blutigen Opfer, wenn den Invaliden, Witwen und Waisen nachträglich die an sich schon zumeist viel zu niedrigen Pensionen noch gekürzt würden! Das würde auch im schreienden Gegensatz zu dem Versprechen stehen, ausreichend für die Kriegsinvaliden bzw. für die Hinterbliebenen der Gefallenen sorgen zu wollen. Also: von einer Herabsetzung der Kassenleistungen darf keine Rede sein! Daß umgekehrt eine Erhöhung der Leistungen unumgänglich ist, auch für die erworbenen Anwartschaften, wollen wir in einem besonderen Artikel nachweisen.

Sollen die ernststen Besorgnisse um das Schicksal der Knappschaftlichen Pensionskassen und um die Anwartschaften der Mitglieder beseitigt werden, dann müssen die zuständigen Behörden rasch und energisch handeln. Wir erwarten das bestimmt.

Lebensmittelwucher.

Als Verrat am Vaterlande brandmarkte nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ (Nr. 506 vom 30. Juni) der sächsische Minister des Innern, Graf Bismarck von Gastaß, am 29. Juni im sächsischen Landtag den Wucher mit Lebensmitteln. Um einem weiteren Anziehen der Lebensmittelpreise vorzubeugen, kämen zwei Maßnahmen in Betracht: Festsetzung von Höchstpreisen und schärferes Einschreiten gegen den Lebensmittelwucher. Soweit aber die Festsetzung von Höchstpreisen nicht die für den Verbraucher wünschenswerte Wirkung habe, bleibe nur die Beschlagnahme der Lebensmittelvorräte übrig. Wenn noch nicht eine Verordnung gegen den Lebensmittelwucher erlassen worden sei, so habe dies in den Schwierigkeiten seinen Grund, für eine solche eine einwandfreie Form zu finden, die diesem schamlosen Treiben ein Ende macht. Die sächsische Regierung hoffe aber, daß sich noch eine allgemeine Fassung finden lasse, sie sei auch bereit, bei der Reichsregierung den Erlaß scharfer Strafvorschriften gegen den Lebensmittelwucher zu beantragen.

Nicht nur ein schärferes Einschreiten gegen den Lebensmittelwucher, sondern dessen Ausrottung wäre längst notwendig gewesen. Denn es ist ein unerträglich Zustand, daß die Lebensmittelwucherer, um sich zu bereichern, unsere Verteidigungskraft untergeben, während Millionen Volksgenossen auf den Schlachtfeldern Blut und Leben für die Verteidigung unseres Heimatlandes einsetzen müssen. Worte der Entrüstung nützen da nichts. Obwohl der Lebensmittelwucher in anderen Parlamenten und in der Presse gleich scharf verurteilt wurde, hat sich nichts gebessert, im Gegenteil, die Preise fast aller Lebensmittel sind, besonders für die ärmeren Volkskreise, fast unerschwinglich geworden. Ebenjowenig werden schärfere Strafvorschriften nützen. Wenn Besserung erzielt werden soll, muß das Uebel an der Wurzel gefaßt werden.

Daß der Lebensmittelwucher während der Kriegszeit so lippig gedeihen konnte, war vorauszuheben, und ist letzten Endes zurückzuführen auf das gänzliche Fehlen einer umfassenden Organisation auf dem Gebiete der Warenbestellung und Warenverteilung. Wäre unsere wirtschaftliche Kriegsbereitschaft auch nur annähernd so gut gewesen wie die militärische, so wären uns all die schlimmsten Erfahrungen während der Kriegszeit erspart geblieben, denn an Lebensmitteln und Bedarfsartikeln fehlte es nicht. Hier hätte darum eingegriffen und alles getan werden müssen, um die früheren Unterlassungsünden möglichst gut zu machen. Aber das geschah nicht. Alles das kam dem Lebensmittelwucher zuflatten und mußte während der Kriegszeit um so schlimmere Folgen zeitigen, als Regierungen und Behörden zu spät und mit durchaus unzulänglichen Maßnahmen eingriffen. Die Verhältnisse wurden so unhaltbar, daß selbst die „Rhein.-Westf. Btg.“ am 8. und 17. Februar 1915 neben der Beschlagnahme der Getreide- und Mehlvorräte auch die Beschlagnahme der Kartoffel- und Fleischvorräte forderte. Wir bemerken dazu in der „Bergarb.-Zeitung“ vom 27. Februar 1915:

„Nur kennt kein Gebot, sie lehrt selbst die „Rhein.-Westf. Btg.“ Forderungen erheben, die sie früher aufs schärfste bekämpfte. Wir gehen jedoch noch weiter: Soll die Volksernährung in der Kriegszeit sichergestellt werden, ist nicht nur die Bestandaufnahme und Beschlagnahme der Getreide- und Mehlvorräte, die leider erst am 25. Januar verfügt wurde, und der Kartoffel- und Fleischvorräte, sondern auch der sonstigen wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel notwendig. Ganze Arbeit muß gemacht werden, es ist die höchste Zeit.“

Die zeitweilige Verstaatlichung der Nahrungsmittelfürsorge wird nun auch in einer Zuschrift an die „Rhein.-Westf. Btg.“ (Nr. 484 vom 22. Juni) gefordert, worin es u. a. heißt:

„Weil fehlt die Kartoffel in den Ernährungsmaßnahmen für die diesjährige Ernte? Hat der Bundesrat keine Kenntnis von dem sehr eigenartigen Ergebnis der verflochtenen Kartoffelstatistik? Weiß der Bundesrat nicht, daß in Deutschland eine Kartoffelnot sozusagen erfinden wurde und daß so die Einzelverkaufspreise auf das Dreifache des gerechten Preises getrieben wurden? Weiß der Bundesrat nicht, daß nur auf Grund einer, wie im Wesen begründet, mangelhaften statistischen Aufnahme das Kartoffelgespenst losgelassen wurde, dem zuliebe dann Millionen Schweine Ernährungsnotlagen beizumachen und sich in „kurzfristige“ Dauernware verwandeln mußten? Weiß der Bundesrat nicht, daß heute, kurz vor der neuen Ernte riesige Kartoffelmengen der alten Ernte dem Verderben ausgeliefert sind und wohl bald zu jedem Preis auf den Markt geworfen werden? Ist der Bundesrat von der Schädigung der Kaufkraft der Bevölkerung unterrichtet, die gezwungen wurde, eine Kartoffel- und Fleischsteuerung zu beghalten ohne natürliche Ursachen?“

Es ist unnötig und zwecklos, jezt nochmals Einzelheiten aus den mißglückten Volksernährungsmaßnahmen in Bezug auf Kartoffeln und Fleisch des verflochtenen halben Jahres darzulegen; die Fehler sind nun mal gemacht worden und die Bevölkerung hat sich damit abfinden müssen. Aber die Bevölkerung kann heute verlangen, daß die verantwortlichen Stellen aus den Fehlern gelernt haben und die neue Ernte so dem allgemeinen Volkwohl nutzbar machen, wie es dieses wackere Volk, das still und treu seine Wesen und Edelsten opfert, verdient.

Die notwendigsten Lebensmittel müssen der Spekulation vollständig entzogen werden. Dazu gehört die Kartoffel in erster Linie. Es ist doch kein Geheimnis, daß wir selbst bei nur mittlerer Ernte so überreichlich Kartoffeln im Lande haben, daß nicht nur keine Steuerung dieses Nahrungsmittels für den Menschen einzutreten braucht, sondern auch genug für Futtermittel übrig bleibt. Auf der Grundlage dieser Tatsachen sollte man endlich klare Bahnen schaffen, mit dem Ziel der möglichst billigen Volksernährung: man setze Höchstpreise im Kleinhandel fest und entziehe alle zur Lebenserhaltung unbedingt notwendigen Bodenzeugnisse und Nahrungsmittel dem spekulativen Großhandel. Auch die Kaufverträge über Kartoffeln aus der diesjährigen Ernte müssen für nichtig erklärt werden. Die verantwortlichen Stellen müssen und können Mittel und Wege finden, um der Bevölkerung für das verteuerte Brot einen, Ausgleich in Gestalt einer ganz billigen Kartoffel zu verschaffen, damit der gesundheitliche Nutzen der fleischarmen Ernährung auch dem Geldbeutel zugute kommt. Man darf der festen Ueberzeugung sein, daß ein Höchstverkaufspreis von 3,75 bis 4,50 Mk. für den Zentner alle „Parteien“ auf ihre Kosten kommen läßt. Nur durch eine zeitweilige Verstaatlichung der Nahrungsmittelfürsorge, bei der nicht vom Wohl und Weh des Großproduzenten und Großhändlers, sondern vom Wohl und Weh des Klein-

| 1908 für Jahre | 1913 für Jahre | beim Knappschaftsverein |
|----------------|----------------|-------------------------|
| 8 | 4 | Saarbrücken |
| 4 | 6 | Mansfeld |
| 3 | 5 | Niederschlesien |
| 7 | 8 | Oberschlesien |
| 1 | 5 | Siegen |
| 2 | 7 | Wurmgebiet |
| 3 | 9 | Wesf. |
| 4 | 11 | Bochum |
| 11 | 13 | Schwetzer |
| 11 | 19 | Brandenburg |
| 10 | 12 | Salzstadt |

Verbraucher ausgegangen wird, ist der bezugsmäßigen Ausnutzung der Angelegenheiten... Die Tätigkeit der Stadt- und Gemeindefürsorge... aber gerade sie waren allzu oft den „Ärgeren“ nur Mittel zum Zweck... Der Verfall der Preise und der Vorräte... die erhebliche Preissteigerung in allen Kleinverkauftgeschäften eingetreten?

In demselben Sinne sind sorgfältige Schritte der Staatsbehörden nötig, um der augenblicklichen an großen Aufzug grenzenden Lage auf dem Zuckermarkt das richtige Gesicht zu geben... Die Hausfrauen wollen Obst einmischen und bekommen keinen Zucker... Wer sind die Leute, die für die Hauptzuckerernte im Spätsommer und Herbst auf „Strickpreise“ spekulieren und deshalb schon jetzt das „Kugelhut“ auf Lager legen...

Das nur durch Verstaatlichung der Nahrungsmittelherstellung dem Lebensmittelmacher begünstigt werden kann, zeigen schon die Verhältnisse auf dem Kartoffelmarkt... „Kartoffeln stief“, auf einmal aber sollte es daran fehlen... Die Kartoffeln stief, auf einmal aber sollte es daran fehlen...

„Zwischen der deutsch-holländischen Grenze wohnende Händler hatten zu Spekulationszwecken große Mengen Kartoffeln im Herbst angeharkt und solche trotz der fortgesetzten starken Nachfrage zurückgehalten... die billigen Kartoffelpreise haben Veranlassung gegeben, die stark herabgesetzte Schweineaufzucht wieder zu vermehren...

So wurden die Kartoffeln auch anderswo in geminnlicherer Absicht zurückgehalten. Monatlang mußten die Verbraucher dadurch 7, 8 und 9 Mk. pro Zentner zahlen... die Kartoffeln zu 2 und 3 Mk. pro Zentner angeboten... die Kapitalistische Spekulation aber hat ihren Zweck erreicht und sich auf Kosten auch der Vermittler um Millionen und Abermillionen bereichert.

Wir haben nicht nur großen Ueberfluß an Kartoffeln, sondern auch an Zucker... die Zeit vom 31. August bis 1. September umfassen... die Produktion im Vergleich zum Vorjahr... die Preise für Rohzucker und Melasse...

Gemüse hatten wir in diesem Jahr im Ueberfluß, stellenweise ist dasselbe sogar verdorben, aber die Preise waren viel höher als in normalen Zeiten... die Mehrheit der Bundesstaaten hat sich bedauerlicherweise sogar für eine Ausfuhrerlaubnis in gewissen Grenzen ausgesprochen...

Also trotz Ueberfluß — Wucherpreise... die Millionen und Abermillionen abgeklopft... die Taschen der Lebensmittelwucherer flüchen... die Appetit beim Essen; ihrem schamlosen Treiben hätte daher längst ein Ziel gesetzt werden müssen.

Kriegsspieler der Kinder.

Wer hatte nicht schon Gelegenheit, die Kriegsspieler der Kinder auszurüsten mit allen möglichen Waffen, zu beobachten, und wie oft sind durch solches Treiben Unglücksfälle herbeigeführt worden... die gefährlichste dieser Spielerei für die Beteiligten aber werden kann, darüber macht der Leiter der Frankfurter Augenklinik, Professor Dr. Schnauß, in der „Frankfurter Zeitung“ folgende interessante Ausführungen...

Seit Kriegsbeginn habe ich eine solche Masse schwerer Augenverletzungen, die beim Spielen entstanden sind, zu Gesicht bekommen, daß ich es für gerechtfertigt halte, davon die Öffentlichkeit zu unterrichten... die Gefahren sind im Sturm der Kriegsbegeisterung und im Haag gegen den fingierten Feind sehr oft zu weit... die Gefahren sind im Sturm der Kriegsbegeisterung...

Ein Wurfschloß von Holz trifft mit der Spitze, die sorgfältig geschärft war, einen 13jährigen Jungen unterm linken Auge, dringt zwischen Auge und Unterlid ein, zerreißt den Muskel, der das Auge nach unten bewegt... die Gefahren sind im Sturm der Kriegsbegeisterung...

Solcher Fälle warte ich nach einer Reihe anzuführen, will aber nur noch jenseits Schwere Verletzungen angeben: Schußwunde mit Leisten auf einem durch ein Kellereisen stehenden fünfjährigen Jungen... die Gefahren sind im Sturm der Kriegsbegeisterung...

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Bedarf mehr Kaliböden!

Von dem Vorstand des Kalihyndrikats wird der Presse mitgeteilt, daß der Absatz von Kali in den ersten fünf Monaten d. J. um 42 Millionen Mark gegen den des gleichen Zeitraumes des Vorjahres zurückgegangen ist... der Kalihyndrikat hat in den ersten neun Monaten des Jahres infolge von Mangel an Wagen und Sperrung von Straßen 11 1/2 Millionen Doppelzentner Kalifolge weniger bezogen...

Table with 3 columns: Year (1911, 1912, 1913) and rows for various potassium compounds like Carnallit, Natron, etc.

Auf die größeren Absatzgebiete entfallen dabei folgende Mengen (in Doppelzentnern):

Table with 3 columns: Year (1911, 1912, 1913) and rows for different countries like Deutschland, Oesterreich-Ungarn, England, etc.

Danach sind in dem Verband nach fast allen Ländern und auch in dem deutschen Verbrauch Verringerungen eingetreten... die Preise für Kalium sind ebenfalls mit der Begründung, die Selbstkosten seien gestiegen, erhöht worden.

Die Preise für Kalium sind ebenfalls mit der Begründung, die Selbstkosten seien gestiegen, erhöht worden... die Preise für Kalium sind ebenfalls mit der Begründung, die Selbstkosten seien gestiegen...

War die Preiserhöhung nötig?

Die Preise für Kalium sind ebenfalls mit der Begründung, die Selbstkosten seien gestiegen, erhöht worden... die Preise für Kalium sind ebenfalls mit der Begründung, die Selbstkosten seien gestiegen...

Table comparing profits (Roheingewinn) for 1912/13 and 1913/14.

Die Dividende konnte nach stärkeren Rückstellungen als im Vorjahr von 20 auf 25 Prozent erhöht werden... die Preise für Kalium sind ebenfalls mit der Begründung, die Selbstkosten seien gestiegen...

Eine Preiserhöhung für Koks

Joll seitens des rheinisch-westfälischen Syndikats spätestens am 1. September vorgenommen werden... die Preise für Kalium sind ebenfalls mit der Begründung, die Selbstkosten seien gestiegen...

Die Preise für Kalium sind ebenfalls mit der Begründung, die Selbstkosten seien gestiegen, erhöht worden... die Preise für Kalium sind ebenfalls mit der Begründung, die Selbstkosten seien gestiegen...

Geologische Kriegswirkungen in Flandern.

Das viel umkämpfte Flandern hat nach den jüngsten geologisch-historischen Forschungen eine mindestens 8000jährige Geschichte, deren Anfang also weit über den Beginn geschichtlicher Überlieferung im Mittel- oder Euphrat hinausreicht... die Preise für Kalium sind ebenfalls mit der Begründung, die Selbstkosten seien gestiegen...

wird jetzt von privaten, kommunalen und staatlichen Anstalten mehr Koks als früher verbraucht... die Preise für Kalium sind ebenfalls mit der Begründung, die Selbstkosten seien gestiegen...

Table with 4 columns: Year (1914, 1915) and rows for months from January to December, showing coal consumption (Kohlen).

Die Neigung, statt der verbleibenden Kohle mehr den im Preis herabgesetzten Koks zu verbrauchen, hat mit den Werken einen bedeutend besseren Koksabsatz verschafft... die Preise für Kalium sind ebenfalls mit der Begründung, die Selbstkosten seien gestiegen...

Russische Kohlendivende.

Table with 4 columns: Year (1913, 1914, 1915, 1916) and rows for companies like Brjansk Kohlen-Gesellschaft, etc., showing dividends (Dividende).

Die teilgenannte Gesellschaft hat ihr Kapital von 1 Million auf 3 Millionen Rubel erhöht... die Preise für Kalium sind ebenfalls mit der Begründung, die Selbstkosten seien gestiegen...

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

„Gegen die Sonderbündelei.“

Unter diesem Titel wendet sich die Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands in ihrem Organ, dem „Arbeitertribunal“, (Nummer 20 vom 20. Juni) gegen eine Gruppe von Leuten, die beharrlich, sowohl schriftlich als mündlich, sowohl in anonymen Flugblättern und Zirkularen als auch in der sojassam bekannten „Berliner Tagwacht“ (die der „Vorwärts“ immer noch nicht als deutsch feindlich erkennen kann) die Bewilligung der Kriegskarte durch die erdrückende Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion während bekämpft... die Preise für Kalium sind ebenfalls mit der Begründung, die Selbstkosten seien gestiegen...

„Jedenfalls müssen wir uns aber mit aller Entschiedenheit gegen diejenigen wenden, denen das Gefühl der Verpflichtung gegenüber der Organisation fehlt, und die es für geraten halten, den Parteistreit in die Gewerkschaftsorganisationen zu tragen... die Preise für Kalium sind ebenfalls mit der Begründung, die Selbstkosten seien gestiegen...

Führende Grubenlokomotiven.

Die Arbeiter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft nennen die „Bergschleper“ die neuartigen Lokomotiv... die Preise für Kalium sind ebenfalls mit der Begründung, die Selbstkosten seien gestiegen...

Wir erwarten von den Gewerkschaftsvertretern, welche die Erfüllung ihrer Aufgaben ernst nehmen, daß sie alles daran setzen werden, die Geschlossenheit in der Gewerkschaftsbewegung nach wie vor zu erhalten.

Die Gewerkschaften müssen sich gegenüber allen parteipolitischen Streitigkeiten (also auch solcher in den nichtsozialdemokratischen Parteien) neutral verhalten, sich aber auch der richtiggebundenen Beeinflussung, sei es seitens irgend welcher Partei, entschieden widersetzen. Natürlich darf nicht nur, sondern muß jedes Gewerkschaftsmitglied sich als Staatsbürger auch parteipolitisch betätigen, aber dadurch wird keine Gewerkschaft nicht im geringsten parteipolitisch verpflichtet. Allerdings sind wirtschaftliche oder sozialpolitische Fragen so eng mit parteipolitischen verflochten, daß die Gewerkschaften, sollen ihre sozialpolitischen Forderungen an die Gesetzgebung verwirklicht werden, sich parlamentarischer Fürsprecher bedienen müssen. Daß dafür die sozialdemokratische Partei infolge der sozialen Stellung ihrer Anhänger vorzüglich in Betracht kommt, wurde auch von nichtsozialdemokratischer Seite vielfach anerkannt. Darum haben auch die Gewerkschaften ein bedeutendes Eigeninteresse an dem Bestande einer starken, aktionsfähigen sozialdemokratischen Partei.

Wenn man aber die nun weltkundig gewordenen Scheidung der Geister in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands beobachtet, wenn man sich die „marxanten Persönlichkeiten“ unter den Sonderbündlern ansieht und sich ihrer Haltung gegen die Gewerkschaftsarbeit erinnert, wenn man ferner sieht, wie die Sonderbündler es versuchen, nun auch Gewerkschaftsvertreter vor ihren Karren zu spannen, so müssen wir doch auch im Gewerkschaftsinteresse fragen, wohin der Weg gehen soll, und sagen, welcher der für die Gewerkschaften ersprichtlichste ist. Erinnere man sich nur, wie höhnend und wegwerfend gerade Wortführer der Sonderbündler, namentlich die Sobelöchler, Panneloers usw. und ihre phantastischer Anhang, über die Gewerkschaften urteilten! Wie sie ihnen Verumpfung der Arbeiterchaft vorwerfen, den gewählten Vertrauensleuten der Gewerkschaften das proletarische Empfinden absprechen! Wie diese anarchoindividualistisch-sozialpolitischen „Erwecker“ seit Jahren versuchen, zwischen „Masse und Führer“ Zwietracht zu säen, damit die „Masse“ den experimentierlustigen Abenteuerpolitikern zu Gefallen handelt! Von derselben Seite wird nun der schimpfliche Reduzierung gegen die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und gegen die Generalkommission der Gewerkschaften betreiben, von derselben Seite werden die standstilligen Zeitungsartikel gegen die deutsche Arbeiterbewegung in deutschfeindlichen Auslandszeitungen verfaßt oder veranlaßt, von derselben Seite wird mit Mienenfeier dahin gearbeitet, daß nach dem Abgange der „Politik“ der Schwadronen zum Ergötzen der Reaktionäre Forschung findet. Dadurch kann die Gewerkschaftsarbeit nicht gewinnen und wir müssen uns darum dagegen wehren.

25 Jahre Fabrikarbeiterverband.

Am festlichen Gewand, trotz der frühen Zeit, in der wir leben, und in vielfacher Umfang tritt die Nummer 25 des „Proletariats“, des Organs des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, vor uns; ist sie doch der Erinnerung an die Tatsache gewidmet, daß am 20. Juni zum 25. Male der Tag fällt, an dem im „Ballhof“ zu Hannover ein Kongreß der nichtgewerkschaftlichen Arbeiter Deutschlands zusammentrat, der zur Gründung einer alle Fabrik-, Land- und nichtgewerkschaftlichen Arbeiter Deutschlands umfassenden Organisation führte.

Die Gründung des Verbandes fiel in eine Zeit, in der ein besonders starkes Leben in der deutschen Arbeiterchaft pulsierte, nämlich in die Zeit kurz vor Ausbruch des Sozialkrieges. Nach zwölfjähriger Dauer wurde dieses Gesetz bekanntlich am 1. Oktober 1880 aufgehoben. Trotz der Schwierigkeiten, die es der politischen und auch gewerkschaftlichen Betätigung der Arbeiterchaft entgegensetzte, hatten die Arbeiter in den letzten Jahren seines Bestehens doch gelernt, ihre Organisationen gemeinsamermaßen in die Lücken des Gesetzes hineinzubauen. So bestand am 1. Januar 1880 in Deutschland etwa 20 Lokalvereine, in denen Fabrik- und nichtgewerkschaftliche Arbeiter organisiert waren. Außerdem gehörten den Vereinen der Hausfabrikarbeiter, der Hausbewohner und der Handwerksmeister eine Anzahl Fabrikarbeiter als Mitglieder an. Die Hausfabrikarbeiter wünschten damals, alle nichtgewerkschaftlichen Arbeiter, unbeschadet ihrer besonderen Verhältnisse, in ihrem Verband zu vereinen. Demgegenüber hielten die bestehenden Fabrikarbeiterverbände eine gesonderte Organisation für zweckmäßiger, und der Ortsverein Hannover war es, der die Initiative zur Schaffung einer solchen ergriff. Sein Vorsitzender, Moseley, berief am 20. Juni 1880 nach Hannover einen Kongreß aller nichtgewerkschaftlichen Arbeiter Deutschlands ein, der von 28 Delegierten, die 20 Orte vertraten, besucht war. Nachdem man sich über die Frage: „Zentralisation oder Lokalorganisation?“ mit 24 gegen 5 Stimmen zugunsten der ersteren geeinigt hatte, wurde die Gründung eines „Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands“ beschlossene. Als Vorsitzender des Verbandes wurde August Wey gewählt, der diesen Posten heute noch ausfüllt.

Auf dem ersten Verbandstag (1882) in Hannover, bis zu dem es der Verband auf eine Mitgliederzahl von 2500 und ein Vermögen von etwa ebensoviele Mark gebracht hatte, wurde die Herausgabe eines eigenen Organs, des „Proletariats“, beschlossen, und mit Hilfe dieses wackeren Mitstreiters ging es nun weiter an die Gewinnung von Einsätzen und Mitgliedern. Am Ende des Jahres 1883 hatte der Verband schon 5000 Mitglieder; 1886 wurde zum ersten Male eine Streikunterstützung in Höhe von 25 605 Mk. gewährt. Dieses Jahr brachte noch eine Reihe weiterer Streiks, aber auch einen Mitgliederzuwachs von 6000, und damit ging es nun vorwärts.

Unmöglich ist es natürlich, im einzelnen die Vorteile auf dem Gebiete der Arbeitsgestaltung aufzuzählen, die der Verband seinen Mitgliedern hat erlangen helfen. Zusammenfassend sei daher nur wiederzugeben, daß am Schlusse des Jahres 1914 durch ihn 437 Tarifverträge für 30 001 Beschäftigte abgeschlossen wurden. Allein in den letzten fünf Jahren wurden 2003 Lohnbewegungen in 4841 Betrieben mit 250 000 Beschäftigten geführt, die zu einer Verkürzung der Arbeitszeit um insgesamt 146 047 Stunden pro Woche und einer Lohnerhöhung von 290 778 Mk. pro Woche führten. Diese Erfolge sind um so höher einzuschätzen, als der Fabrikarbeiterverband es doch mit ungleichen Arbeitern zu tun hat, die im Vertriebe jederzeit leicht zu ersetzen sind und für die es daher um so schwerer ist, irgend welche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

Der Verband der Fabrikarbeiter stand vor Ausbruch des Krieges mit seinen 207 000 Mitgliedern unter den großen deutschen Gewerkschaften an fünfter Stelle. Er verfügte im Jahre 1913 über eine Einnahme von 4½ Millionen Mark, der eine Ausgabe von 3,8 Millionen Mark gegenüberstand, und einen Kassenbestand von 2,9 Millionen Mark. Der Wochenbeitrag betrug für männliche Mitglieder 45, für weibliche 25 Pf. Von den Ausgaben entfielen 2½ Millionen Mark auf Unterhaltungsanwendungen. Das Kriegsjahr hat neben einer Verminderung der Einnahmen auf 2,9 Millionen Mark eine Erhöhung der Ausgaben auf 4,4 Millionen und damit ein Zurückgehen des Kassenbestandes auf 2,4 Millionen gebracht. Auch die Mitgliederzahl ist natürlich wesentlich gesunken. Ende Mai d. J. zählte der Verband infolge der zahlreichen Einberufungen nur noch 108 000 Mitglieder.

Wie in so vieles andere, so hat der Krieg auch in ein blühendes Gewerkschaftsleben jährend und erschütternd eingegriffen. Aber auch er kann nicht vernichten, woran eine ganze Arbeitergeneration mit solchen Opfern, solcher Energie und solcher Hingabe gearbeitet hat. Der Verband der Fabrikarbeiter wird, wie alle unsere anderen gewerkschaftlichen Organisationen, das fürchtbare Völkerringen überdauern, um dann mit ungeschwächter Kraft seine fegensreiche, auf die Befreiung von Hunderttausenden huzielnde Friedensarbeit wieder aufzunehmen.

Die gelben Wertvereine im Jahre 1913.

Das 11. Sonderheft zum „Reichs-Arbeitsblatt“ bringt auch eine Zusammenstellung der Vereine, Mitgliederzahlen, Einnahmen und Ausgaben der Wertvereine. Als bemerkenswertestes Ergebnis des Jahres 1913 wird die Absonderung der „Berliner Richtung“ bezeichnet, welche durch die verschiedenartige Stellung auf sozialpolitischem Gebiet hervorgerufen worden sei.

Insgesamt waren Ende 1913 in den verschiedenen wirtschaftsfriedlichen Verbänden 1130 Vereine mit 273 725 ordentlichen Mitgliedern vereinigt, davon 23 528 weibliche, gegen 895 Vereine mit 219 480 Mitgliedern im Jahre 1912. Von diesen Mitgliedern gehörten 57 v. H. Vereinen mit über 1000 Mitgliedern an, was darauf zurückzuführen ist, daß im allgemeinen die Form der Betriebsorganisation vorherrschend ist.

Die Tatsache, daß die Wertvereine zum großen Teil mit Unternehmern hochgefallen werden, geht drastisch aus den Einnahmen hervor. So betrug z. B. die Einnahme der dem Hauptauschüsse nationaler Arbeiter- und Berufverbände angeschlossenen Vereinigungen 1 488 819 Mk., worunter nur 891 017 Mk. Mitgliedsbeiträge von ordentlichen Mitgliedern lag, während 597 802 Mk. aus „anderen Quellen“ stammten.

Die Gesamtausgaben obiger Vereine beliefen sich auf 1 213 016 Mk. Es ergibt sich somit, wenn die Unternehmer ihre gebende Hand einmal freigebiger würden, daß die Wertvereine ihre Beiträge um mindestens 50 Prozent steigern müßten, wollten sie auch nur das Unterhaltungswesen in der heutigen Form beibehalten. Damit dürfte die Idee von der Selbständigkeit den Unternehmern gegenüber wohl erledigt sein.

Die Gesamteinnahme aller wirtschaftsfriedlichen Vereine betrug 2 717 644 Mk. und die Gesamtausgabe 2 137 050 Mk.

Der Vermögensbestand betrug Ende 1913 2 714 098 Mk.

Eine Gegenüberstellung der verschiedenen Organisationen über Mitgliederzahl, Einnahme, Ausgabe und Vermögen ergibt folgendes Bild für das Jahr 1913:

| | Mitgliederzahl | Einnahme Mk. | Ausgabe Mk. | Vermögen Mk. |
|---|----------------|--------------|-------------|--------------|
| Freie Gewerkschaften | 2 525 042 | 82 178 747 | 75 090 808 | 88 110 855 |
| Christliche Gewerkschaften | 341 735 | 7 177 784 | 6 102 888 | 9 682 700 |
| Gewerkschaften S.-D. | 106 018 | 2 869 802 | 2 620 886 | 4 465 341 |
| Wirtschaftsfriedl. Vereine | 280 002 | 2 717 644 | 2 137 050 | 2 714 098 |
| Verb. katholischer Arbeitervereine, Sitz Berlin | 124 253 | 709 685 | 716 718 | 638 104 |

Nicht unwiderprochen darf man lassen, wenn geschrieben wird: „Wernerwert ist, daß die Wertvereine namentlich an bestimmten Orten und in bestimmten Gegenden zum Teil recht erheblich gedonnen haben und mit älteren Gewerkschaftsrichtungen in erstem Wettbewerb treten.“ Dann wird folgende Tabelle gebracht:

| | Mitglieder im Bezirk | Verbandszettel Ende 1912 |
|---------------------------|----------------------|--------------------------|
| Essen | 14 000 | 15 675 |
| Gelsenkirchen | 8 400 | 5 627 |
| Dachum | 0 000 | 4 588 |
| Oberhausen | 2 500 | 1 470 |
| Dagegen noch: | | |
| Düsseldorf | 8 200 | 24 920 |
| Elberfeld-Remen | 3 000 | 20 717 |
| Dortmund | 3 800 | 11 234 |

Diese Aufmachung, welche im Juli 1913 im „Wertvereine“ erschien, ist damals schon als unrichtig zurückgewiesen worden. Es ist deshalb nicht recht verständlich, weshalb diese Zahlen in einer amtlichen Statistik ohne weiteres übernommen wurden. Es dürfte den Aufmachern dieser Gegenüberstellung am „Wertvereine“ bekannt sein, daß der Umfang und die Grenzen der Bezirksverbände bei weitem nicht identisch sind mit dem Umfange der Gewerkschaftskarteile und daß deshalb die Gegenüberstellung vollständig irreführend ist. Während die Bezirksverbände der Wertvereine alle Vereine ihres Geltungsgebietes erfassen, gehören viele Ortsvereine der freien Gewerkschaften den Karteilen nicht an. Dazu kommt, daß innerhalb der Grenzen eines Bezirksverbandes oft mehrere Gewerkschaftskarteile sich befinden, die natürlich bei der Gegenüberstellung vollständig außer acht gelassen sind. Auf diese Weise hat man verfahren, allein im engeren Ruhrbezirk 88 000 Mitglieder der freien Gewerkschaften zu zählen, die den Gewerkschaftskarteilen angehören, ungerchnet die Sozialisten — hauptsächlich des Bergarbeiterverbandes —, welche einem Gewerkschaftskarteil überhaupt nicht angeschlossen sind. Zur Zeit der Veröffentlichung der Gegenüberstellung hatten die freien Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen mehr Mitglieder, wie die gelbe Bewegung in ganz Deutschland zusammen. Wie man da noch in amtlichen Veröffentlichungen von einem „in Wettbewerb treten mit älteren Gewerkschaftsrichtungen“ reden kann, ist uns unverständlich.

*) Einschließlich „sonstiger“ Mitglieder.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Die zweite Generalversammlung der Volksfürsorge

Zur Rechnungslegung über das Geschäftsjahr 1914 trat am 20. Juni in Sigmaringen die Verlags-Gesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg zusammen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Reichstagsabgeordneter Gustav Bauer, eröffnete die Generalversammlung und stellte die ordnungsgemäße Vertretung sämtlicher Aktionäre durch die bevollmächtigte stell. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied N. v. Elm gab den Geschäftsbericht des Vorstandes, der gedruckt vorlag. Er bezeichnete den Abschluß als einen unter den bestehenden Verhältnissen günstigen. Wenn auch die nach dem Verlaufe des ersten halben Jahres berechnete Hoffnung, einen günstigeren Bericht vorlegen zu können, durch den Krieg vereitelt wurde, so sind wir doch in der Lage, über einen Ueberschuß von 171 947,04 Mk. zu verfügen und dadurch den verbleibenden Fonds 74 389 Mk. und der Gewinnreserve der Versicherung 96 115 Mk. zuführen zu können. Der Versicherungsbestand, der Ende 1913 70 125 Policen mit einer Versicherungssumme von 12 012 998 Mk. betrug, stieg bis Ende 1914 auf 183 460 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 25 615 271 Mk., also mehr als eine Verdoppelung der Versicherungssumme. Die Gesellschaft hat einen Bestand von 2751 Policen und in eine andere Versicherungsart umzuwandeln 23 747 Policen. Das ist ein durch den Krieg bedingter außerordentlicher Abgang, der aber im Vergleich zu anderen Gesellschaften noch als recht günstig zu bezeichnen ist. Der Vorsitzende Bauer stimmte im Namen des Aufsichtsrats dem Geschäftsbericht sowie dem vom Vorstand aufgestellten Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung in allen Punkten zu.

Beim Punkt 2 der Tagesordnung gab Junger (Berlin) den Bericht der Revisionskommission des Aufsichtsrats, konstatierend, daß bei den verschiedenen Revisionen der Kommission und des vom Aufsichtsrat besonders beauftragten Revisors, Wästel, alles in bester Ordnung befunden wurde.

Ohne Erörterung wurde hierauf als Punkt 3 der Tagesordnung der Antrag des Aufsichtsrats, die Jahresrechnung zu genehmigen und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung zu erteilen, einstimmig angenommen.

Bei Punkt 4 der Tagesordnung erklärte N. v. Elm den vom Vorstand und Aufsichtsrat vorgelegten Plan zur Verteilung des erzielten Ueberschusses und teilte mit, daß über den Verzicht auf die ihnen zuzehörenden Zinsen im Betrage von 40 000 Mk. unter den Aktionären bereits eine schriftliche Abstimmung vorgenommen wurde, wobei der Verzicht einstimmig ausgesprochen wurde.

Hierauf wurde von der Generalversammlung einstimmig beschlossen: 1. Für das Geschäftsjahr 1914 tritt eine Verzinsung des Aktienkapitals nicht ein; der dafür nach § 36 Abs. 2 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages bereitzustellende Betrag von 40 000 Mk. ist — unbeschadet der nach dem Gesellschaftsvertrag vorgeschriebenen Dotierung — dem Kriegserlösergebnis (§ 36 Abs. 2 Ziffer 3 des Gesellschaftsvertrages) zuzuführen. 2. Von dem erzielten Ueberschuß im Betrage von 171 947,04 Mk. sind gemäß den Bestimmungen des § 36 des Gesellschaftsvertrages zuzuwenden: dem geschäftlichen Reservefonds 5 v. H. = 8597,35 Mk.; dem Organisationsfonds 8597,35 Mk.; dem Kriegserlösergebnis 5 v. H. = 8597,35 Mk., plus der soeben beschlossenen 40 000 Mk., zusammen 48 597,35 Mk.; dem Fonds für besondere Reserve 5 v. H. = 8597,35 Mk.; der Gewinnreserve der Versicherungen 5 v. H. der 1 992 310,90 Mk. betragenden Jahresprämie der mit Gewinnbeteiligung Versicherten = 96 115,54 Mk. Der Rest von 1442,10 Mk. ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Aufsichtsrat hat nach § 33 des Gesellschaftsvertrages die Anstellung eines Revisors beantragt und schlug dazu Wästel vor, dessen Wahl hierauf einstimmig vollzogen wurde.

Der Aufsichtsrat berichtigte zugunsten der Versicherten auf die ihm nach dem Gesellschaftsvertrage zuzehörende Entschädigung auch für das abgelaufene Jahr und bewies damit wie die Aktionäre, daß es ihm ernst damit ist, die Volksfürsorge als eine wirklich gemeinnützige Versicherungsanstalt im Interesse der Versicherten zu führen.

Wer vertritt am energischsten Konsuminteressen?

Die „Nordh. Allg. Ztg.“ schrieb am 22. Juni: „Den ausschließlichen Standpunkt der Konsumenten vertritt am energischsten die Centralvereinigung der deutschen Konsumvereine Mitte Juni in Frankfurt (Main) angenommen hat. Auf dieser Versammlung wurde neben möglichst frühzeitiger Reflexion des Erntezugs und neben Vertiefung und weiterer Ausdehnung des Beschlagsnahme- und Zwangsverkaufsfahrens eine erhebliche Preisabsetzung der Preise und eine besondere Berücksichtigung der Konsumvereine bei der Schaffung der Organisation verlangt.“

Internationale Rundschau.

Die holländischen Gewerkschaften

konnnten im Mai wieder eine Mitgliederzunahme verzeichnen, nachdem im April ein kleiner Rückgang eingetreten war. Nach „De Walbeveging“, Zentralorgan der freien Gewerkschaften Hollands, zählten diese in 86 Berufsverbänden:

| | Mitglieder überhaupt | Tätig arbeitslose Mitglieder | Teilw. arbeitslose Mitglieder |
|-------------------|----------------------|------------------------------|-------------------------------|
| 1. September 1914 | 87 078 | 10 387 | 11 843 |
| 1. Oktober " | 87 605 | 17 937 | 11 914 |
| 1. November " | 87 626 | 16 392 | 8 816 |
| 1. Dezember " | 87 388 | 16 078 | 7 686 |
| 1. Januar 1915 | 86 890 | 15 961 | 6 794 |
| 1. Februar " | 88 524 | 14 814 | 6 521 |
| 1. März " | 89 029 | 13 478 | 5 688 |
| 1. April " | 88 784 | 11 874 | 4 852 |
| 1. Mai " | 90 882 | 10 815 | 3 828 |

Unser Bruderverband, der holländische Minenarbeiterverband, hat in Oerlen seine Generalversammlung abgehalten.

Englische Bergarbeiter und Zwangsarbeitsgesetz.

Dem Versuch der konservativ-liberalen Regierung, durch gesetzliches Zwangsarbeitsgesetz (sogenanntes Munitionsgesetz) die industrielle Arbeiterschaft den Befehlen der unbedingten Kriegspartei zu unterwerfen, setzen die Bergarbeiter beharrlichen Widerstand entgegen. Wölfs Bureau meldete Ende Juni aus London:

„Der Minister für Beschaffung des Kriegsmaterials, Lloyd George, hatte eine neue Unterredung mit dem ausführenden Ausschuss der Bergarbeiter, die wiederum das obligatorische Schiedsgericht ablehnten. Die Konferenz vertagte sich. Der Präsident des Bergarbeiterverbandes, Smilie, erklärte, die Lage sei ebenso ernst wie diejenige, die im Jahre 1912 durch die Forderung nach Mindestlöhnen hervorgerufen wurde. Die Bergleute hätten während des Krieges ihre Pflicht getan und seien erstaunt, daß sie unter die neue Bill gebracht werden sollten.“

In dem betreffenden Gesetz sind Schiedsgerichte über wirtschaftliche Differenzen (Lohn, Arbeitszeit usw.) vorgesehen, deren Urteil maßgebend sein soll. Die britischen Bergarbeiterorganisationen haben schon seit Jahrzehnten mit den Werksbesitzervereinen freiwillig Schlichtungs- und Schiedsgerichtskommissionen eingerichtet, aber von den Zwangsschiedsgerichten wollten sie nichts wissen. Daran hatten sie auch jetzt fest. Bedeutsam ist die Erklärung des Kameraden Robert Smilie: Warum die „neue Bill“ (neues Gesetz)? Die Bergarbeiter haben ja während des Krieges ihre Schuldigkeit getan! Damit bestätigt Kamerad Smilie, was wir gegenüber den sensationellen Nachrichten über „Arbeiterunruhen im englischen Bergbau“ schon wiederholt betonten: Die Bergarbeiterkooperation in Großbritannien denkt nicht daran, die Kriegsführung durch Arbeitseinstellung zu stören. Die gemeldeten Streiks sind nur lokaler Natur, ohne Bedeutung für die Kohlenversorgung des Landes. Wenn allerdings — und das läßt Smilie durchblicken — trotz der angestrengteren Tätigkeit der Bergarbeiter das Arbeitszwangsgesetz auf den Bergbau ausgebeht würde, dann könnte eine Situation eintreten, wie 1912 durch den Generallstreik. Und wenn es der Militärmacht gelingen sollte, diesen allgemeinen Abwehrstreik zu brechen, so würde die Kohlenversorgung des Landes, was das auch 1912 in Frage stand, einfach durch „passive Meißelung“ (so langweiliges Arbeiten, wie nur möglich) unterbunden werden. Wir glauben daher immer noch, daß es die Regierung vorzuziehen wird, nicht durch falsche Maßregeln die offene oder stille Arbeitseinstellung der Bergleute, deren nationale Gefinnung außer Zweifel ist, zu provozieren.

Knappschaftliches.

Knappschaftliche Rüderversicherung.

Dem am 1. Januar 1908 gegründeten Knappschaftlichen Rüderversicherungsverband in Charlottenburg gehören 37 preussische und 4 nichtpreussische Knappschaftsversicherungskassen an, die am 31. Dezember 1912 zusammen 530 711 Mitglieder hatten. Die Anzahl erhaltener jedem angeschlossenen Verein die von diesem nach dem Beitragsvertrag an die Knappschaftlichen Renten in folgendem Umfang: a) die Invalidenrenten, an denen nur ein Verein beteiligt ist, zur Hälfte; b) die Invalidenrenten, an denen mehr als ein Verein beteiligt ist, die Witwen- und Waisenrenten voll. Dafür haben die Vereine Beiträge zu zahlen, die vorwiegendlich zur Sicherstellung der in Rüdendeckung gegebenen Renten nach dem Kapitaldeckungsverfahren ausreichen. Alle fünf Jahre wird eine Ausgleichsrechnung vorgenommen. Am 31. Dezember 1914 waren bei der Anzahl rüderversichert: bei der Arbeiterabteilung 78 373 Renten im Gesamtbetrage von 11 173 854 Mk., bei der Beamtenabteilung 1155 Renten im Gesamtbetrage von 93 927 Mk. Insgesamt betragen während der siebenjährigen Tätigkeit der Anzahl: Beitragsentnahme 140 784 002,84 Mk., Rentenrückstellungen an Vereine 42 143 943,81 Mk., Rücklagen für 79 523 Renten in Höhe von 11 267 780,26 Mk. = 111 569 159,42 Mk., Sicherheidsrücklage 235 864,91 Mk., an die Vereine verteilter Gewinn 2 122 622,16 Mk., für spätere Gewinnverteilung vorgetragen 2 251 217,14 Mk.

Von den Ueberstufen, die sich aus geringerer als der berechneten Rentenrückstellung, Zinsen der angelegten Kapitalien usw., ergeben, entfielen 472 613 Mk. auf das Jahr 1912, 798 062 Mk. auf 1913 und 982 512 Mk. auf 1914. Von den mittleren und größeren preussischen Knappschaftsvereinen sind dem Rüderversicherungsverbände noch nicht angeschlossener der Burbacher, Dillinger, Halberger, Kamburgener, Wurnbacher, Brandenburger, Kamburger, Kamburger, Halesche, Oberschlesische und Plessische.

Von den bayrischen Knappschaftsversicherungskassen (1912: 22 mit 13 561 Mitgliedern) hatten sich Ende 1913 erst 10 mit 4382 Mitgliedern zu dem Bayerischen Knappschaftsverband (München) vereinigt. Dieser Verband übernimmt „zur Hälfte“: a) die beim Eintritt des Verbandsereins laufenden Renten; b) die Beiträge der jeweiligen Normalrentenjahre für diejenigen Empfänger, deren Renten nach dem Eintritt des Vereins festgesetzt werden; c) die Abfindungen; d) die einmaligen Vergütungen und e) eine Reihe von Vertrauensausgaben. Hierfür haben die Vereine zu zahlen: a) eine Beitragsanlage; b) einheitlich festgesetzte, für die Sicherstellung der übernommenen Leistungen ausreichende Normalbeiträge; c) eventuelle Normalzuschläge (nur von solchen Vereinen zu zahlen, die eine überdurchschnittliche Rentensatz haben); d) die vom Verbandsverband eventuell festzusetzenden, von den Werksbesitzern allein auszubringenden Sonderzuschläge zwecks Sicherstellung der garantierten Leistungen.

Die Knappschaftsälteste müssen nun überall, wo es noch nicht geschehen ist, auf den Abschluß ihrer Knappschaftsvereine an den Rüderversicherungsverband bestehen, da andernfalls infolge der Kriegskassen ein baldiger Zusammenbruch einer Reihe von Knappschaftsvereinen zu befürchten ist.

Mikände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehe Herrmann I u. II (Selm). Von Arbeitern hiesiger Schachtanlage wird gemeldet, daß Steiger L. sich etwas andere Nutzungsformen angewöhnt...

Sehe Westende III u. IV. Auch hier ist das Heumagenladen üblich, zum großen Schaden der Arbeiter. An einer Stelle, Kohlennummer 198, erhält der Junge sogar eine Prämie von monatlich 10 Mk...

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund. Verlängerung des Urlaubs.

Das stellvertretende Generalkommando des 7. Armeekorps hat angeordnet, daß familiäre zur Wiederaufnahme der Arbeit bei Heereslieferungen beurlaubten oder entlassenen Mannschaften bis zum Eingang einer weiteren Entscheidung auf den Arbeitsstätten verbleiben können...

Eine bemerkenswerte Mahnung

richtet die „Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 148) um solche Kreise, welche durch die Anpreisung ihrer mehr oder weniger phantastischen „Kriegsziele“ in der Presse, noch mehr aber in sogenannten „geschlossenen Gesellschaften“ (mit nachheriger Massenverbreitung des „Manuskript gedruckten“ Referats) die noch nicht gesicherte Position Deutschlands unverantwortlich erschweren...

Wir halten zusammen!

Auch im Waldenburger Revier, das unser Verbandsvorsitzender Kamerad Sachse seit 1898 im Reichstag vertritt, glauben die jattsam bekannten Quertreiber (übrigens durchweg Personen, die

a u ß e r h a l b des Bergarbeiterverbandes stehen), das Vertrauen der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter auf Sachse und seine Kollegen erschüttern zu können. Diese Quertreiber haben in der am Sonntag, den 27. Juni, in Klittwasser stattgefundenen außerordentlich stark besuchten Kreisdelegiertenversammlung eine gründliche Anhörung erhalten...

Fetterschichten oder Krankenschichten?

Aus Kameradenkreisen wird uns geschrieben: In Nr. 27 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 8. Juli d. J. befindet sich auf der ersten Seite ein Artikel, überschrieben: „Strittige Bergarbeiterfragen“...

In der letzten Ausschußsitzung der Zeche General Wilmertal III u. IV kam Herr Pastor Lohse auch auf die vielen Fetterschichten zu sprechen und führte an, daß mit dem Steigen der Löhne auch die Fetterschichten bedeutend gestiegen seien...

Eine Belegschaftsversammlung der Zeche Sterkrade

fand am 4. Juli in Sterkrade statt, die einen recht guten Verlauf nahm. Die Verwaltung der Zeche war durch die Herren Betriebsinspektor Gilfert und Betriebsführer Zellerhoff vertreten. Zunächst erstattete der Arbeiterausschuß Bericht über seine Tätigkeit und die Verhandlungen über die Feuerungszulage...

Demgegenüber führte Herr Betriebsinspektor Gilfert aus, es sei das Bestreben der Verwaltung, den vorgebrachten Wünschen so weit als möglich entgegenzukommen und die Beschwerden abzustellen...

Der Verlauf dieser Versammlung hat gezeigt, daß, wie auch der Minister Dr. Sydow im Landtag sagte, ein gutes Wort einen guten Ort findet und besser seinen Zweck erreicht als Zwangsmaßnahmen.

Süddeutschland.

Feuerungsbeihilfen für Staatsarbeiter.

Amlich wird mitgeteilt: Die bayerische Staatsregierung hat, veranlaßt durch die zurzeit bestehende Feuerungs- und Heizungsnotlage, sich entschlossen, den geringeren Lohnklassen der Staatsarbeiter mit Wirkung vom 1. Juni an zunächst auf die Dauer von vier Monaten Feuerungsbeihilfen zu bewilligen...

a) für verheiratete oder verwitwete Arbeiter, die ein Kind unter 15 Jahren zu ernähren haben, monatlich 3 Mk.; b) für verheiratete oder verwitwete Arbeiter mit zwei Kindern unter 15 Jahren monatlich 6 Mk.

c) für verheiratete oder verwitwete Arbeiter mit drei oder vier Kindern unter 15 Jahren monatlich 9 Mk.; d) für verheiratete oder verwitwete Arbeiter mit mehr als vier Kindern unter 15 Jahren monatlich 12 Mk.

Die Angelegenheit ist dadurch erledigt, daß wir inzwischen unseren Leuten Feuerungsbeihilfen gewährt haben.

Bayerische Heberlandzentrale hat Feuerungszulage bewilligt.

Auf unsere Eingabe um Feuerungszulage erfolgte folgende Antwort: Regensburg, den 30. Juni 1915. Deutschen Bergarbeiterverband, Bezirk Bayern, z. S. von Herrn Andreas Kaiser, Gewerkschaftssekretär, Gausham.

Weder ergibt sich aus diesem Antwortschreiben nicht, wie hoch die bewilligte Feuerungszulage ist. Wir erkennen gern gebrachte Opfer an, und es wäre zu wünschen, wenn die Grubenverwaltungen und die Deffentlichkeit die Opfer ebenso anerkennen würden...

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 28. Woche (vom 4. bis 10. Juli 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Die Bestimmung des § 9 Wf. 2 unseres Statuts erstreckt sich auch auf die aus dem Krieg zurückkehrenden Kameraden, welche nicht aktiv gebient haben. Alle jetzt oder später aus dem Kriegsdienst zurückkehrenden Kameraden können also Mitglieder werden, ohne Eintrittsgeld zu zahlen...

Wegen andauernder Verhinderung des Kameraden Munsbed hat der Kontrollausschuß den Kameraden Hermann Link, Dortmund-Dorfstraße 1, an seiner Stelle ernannt. Alle Beschwerden sind daher an den Genannten zu senden.

Medlinghausen. Die Sprechstunden finden an folgenden Tagen statt: Donnerstag und Freitag nur vormittags von 9 bis 12 Uhr. Samstag von 9 bis 12 Uhr vorm. und von 3 bis 6 Uhr nachm. In den anderen Tagen und Zeiten ist das Bureau geschlossen.

Ramen I. Die Gemerkschaftsbibliothek ist vorläufig geschlossen, bis die Lokalfrage wieder geordnet ist. Diejenigen Kameraden, die noch Bücher aus der Bibliothek in ihrem Besitz haben, müssen dieselben beim Bibliothekar Hermann Weich abgeben.

Mittendortmund. Der Kassierer Friedr. Schwarz wohnt vom 1. Juli ab nicht mehr Provinzialstr. 45, sondern Wilhelmshöhe 18.

Sterbetafel

- Zum Monat Juni sind folgende Verbandsmitglieder gestorben: Hermann Wichmeier, Westerkappeln. Anton Fiedler, Obermarxloh. Heinrich Kollmann, Neffe. Karl Gehlmann, Eickelb. Wilh. Kuntz, Querenburg. Wilh. Kawaschuh, Gelsenkirchen VIII. Heinrich Haupt, Eickelb. Theodor Steiniger, Dortmund I. Heinrich Wendel, E.-Frohnhausen. Anton Traub, Buer. Wilhelm Meier, Rankstrop. Ludwig Hartig, Merkenbach. August Hermann, Hohenmölsen. Heinrich Fuhrmann, Weisklein. Heinrich Kasting, Dümpten II. Florian Bura, Kray. Bernhard Schmittinger, Steele. Josef Sindermann, Schlegel. Emil Matwolska, Westerkappeln. Franz Warth, Dölan. Heinrich Wiescher, Ertenschwid. Theodor Hinkel, Westerb. Franz Mandel, Benzberg. Karl Suttowski, Mittendortmund. Karl Martinek, Heeren. Peter Eder, Zortendonb. Karl Sosna, Adorze I. Josef Wader, Bodum-Hödel. Johann Drol, Poremba. Otto Franke, Zeuthen. Ernst Fähring, Dortmund I. Karl Hübner, Eickelb. Karl Schmittner, Sufarbo. Wilhelm Weber, Serne II. Richard Förster, Altstaden. Oswald Wöhner, Wittenhausen. G. Mies, Dölan. Josef Dohmann, Heeren. Gerh. Heine, Gladbeck I. Wilhelm Stäbe, Wittenb. Peter Schäfer, Hellinghausen. Albin Weich, Niederhasslau. Emil Wödel, Möblich. G. Galt, Bergheimermarkt. August Schindler, Mitten. Johann Härtel, Gausham. Paul Zobia, Kaspel. Josef Fischer, P.-Setten. August Breuer, Weimar I. Bernhard Winkelman, Alteneßen I.

Wir werden das Andenken der Verstorbenen in Ehren halten!

Wachtung Knappschäftsälteste!

Sonntag, den 11. Juli 1915, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gemeindegasthaus zu Drewer, Post Hülls. Kommissions-Sitzung. Wichtigste Beteiligung erwartet. Der Vömann.

Die Rentenansprüche der Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebenen. Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Preis: Für Mitglieder 15 Pf., im Buchhandel 25 Pf.